CDU-Fraktion Lüdinghausen

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Stadtverordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Wahlperiode geht in wenigen Monaten zu Ende. Zum letzten Mal stellt der Stadtrat in der hier versammelten Besetzung die Weichen für ein Haushaltsjahr. Viele wichtige Entscheidungen sind in der ablaufenden Wahlperiode fraktionsübergreifend zum Wohle unserer Stadt einstimmig oder mit großer Mehrheit gefällt worden. Die Zusammenarbeit untereinander habe ich als konstruktiv empfunden. Für die CDU-Fraktion kann ich über die ablaufende Wahlperiode sagen: Wir haben viel erreicht. Solide Finanzen, Wirtschaft, Kinder, Schule, Stadtentwicklung waren die Themen, die wir beackert haben.

Wir haben viel erreicht, was die Finanzen angeht: Das Eigenkapital im städtischen Haushalt hat sich seit 2014 von 68.695.230,00 € auf 79.742.734,00 € gesteigert. Lüdinghausen ist um als 11 Millionen € reicher geworden. Die Schulden wurden von 6.120.000,00 € auf 5.739.000,00 € zurückgeführt. Und in den abgelaufenen Haushaltsjahren haben wir fortlaufend weniger ausgegeben als wir eingenommen haben. Da fällt der aktuell geplante Verlust von 165.750,00 € nicht ins Gewicht. Die Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer liegen konstant unter den durchschnittlichen Hebesätzen der Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Und die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass auch die anstehende Reform der Grundsteuer zu keiner Mehrbelastung der Bürger in Lüdinghausen führen darf.

Wir haben viel erreicht, was die Kindergärten und Schulen angeht: 262 neue Kindergartenplätze wurden bis heute zusätzlich geschaffen. 1133 Kindern können wir einen Kindergartenplatz anbieten. Der Neubau der Turnhalle mit integrativen Raumangebot an der Sekundarschule ist nahezu fertiggestellt. Die Planungen für die Renovierung der Sekundarschule und die Planungen für den Neubau der Ludgeri-Grundschule sind in vollem Gange. Das Sporthallenangebot für die Schulen wird durch die Sporthalle an der Konrad-Adenauer-Straße und dem Neubau einer Sporthalle am Canisianum erweitert. Die erforderlichen Mittel für diese Investitionen sind im aktuellen Haushaltsentwurf reserviert. Die CDU-Fraktion würde es sehr begrüßen, wenn die Jugendhilfe Werne in Lüdinghausen einen Standort für eine Förderschule betreiben würde.

Wir haben viel erreicht, was die Wirtschaftspolitik angeht: Lüdinghausen ist ein attraktiver Standort für ansiedlungswillige Unternehmen. Das zeigen nicht zuletzt die Pläne der Fa. Würth sich in Lüdinghausen niederzulassen. Lüdinghausen bleibt nur dann ein Magnet für ansiedlungswillige Unternehmen, wenn wir vor Ort attraktive Flächenangebote machen können. Mit dem Abschluss der Erschließungsmaßnahmen im Gewerbegebiet Tetekum-Buschkämpe stehen aktuell weitere Gewerbegrundstücke zur Verfügung. Die Suche nach weiteren Flächen muss aber schon jetzt beginnen, um in Zukunft zeitnah passende Angebote zur Verfügung zu haben.
Nur dann wird sich Zahl der Betriebe, die in Lüdinghausen und Sepperade angesiedelt sind, weiter kontinuierlich steigern. Seit 2015 haben wir hier einen Zuwachs um 169 auf 2052 Betriebe erreicht. Der Lohn dieser Politik ist, dass wir - wie im Haushaltsentwurf 2020 veranschlagt - mit einer geplanten Gewerbesteuereinnahme von 12.500.000,00 € rechnen können. Dies bedeutet eine Mehreinnahme von 1.000.000,00 € gegenüber dem Planansatz der Steuereinnahmen im Vorjahr.
Dies bedeutet zugleich Arbeit und Lohn für viele Familien. Wir haben in Lüdinghausen und Seppenrade eine Arbeitslosenquote von 2,8%. Dies ist ein Wert, der bundesweit seinesgleichen sucht.

Wir haben viel erreicht, was die Stadt- und Dorfentwicklung angeht: Für das Regionaleprojekt in der Wolfschlucht stehen 230.000,00 € im Haushalt. Mit dem dritten Bauabschnitt in der Stadtlandschaft, mit der Sanierung der Wilhelmstraße und den Planungen für die Sanierung der Langenbrückenstraße und der Münsterstraße ist die Aufwertung der Innenstadt auf einem guten Weg. Allein die bereits realisierten Baumaßnahmen aus dem ISEK-Projekt und der Regionale 2016 haben zu einer Belebung der Innenstadt geführt, die alle Erwartungen übertrifft. Mit dem Personalkostenzuschuss an LH-Marketing in Höhe von jährlich 40.000,00 € hoffen wir die Leerstände von Ladenlokale in Lüdinghausen zu reduzieren. Die Maßnahme wird flankiert von der Fortsetzung des Quartiersmanagement. Neue Ideen zur Belebung des Kirchplatzes in Seppenrade soll der „Kümmerer“ entwickeln, der mit dem Personalkostenzuschuss bezahlt werden soll.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtverordnete, sehr geehrte Damen und Herren,

alles hat seine Zeit. Auch die Priorisierung von politischen Handlungsfeldern unterliegt dem Wandel. Die CDU wäre nicht die CDU, wenn wir nicht schon in diesem Haushalt für 2020 den Boden für die Lösungen der aktuellen Herausforderungen bereitet hätten. Wohnraummangel, Mobilität und Klimawandel sind die Themen, die uns künftig verstärkt beschäftigen werden. Mit unserem Bürgermeisterkandidaten Ansgar

Mertens und mit neuer Energie für Lüdinghausen und Seppenrade werden wir diesen Boden künftig intensiv beackern.

Bezahlbarer Wohnraum entsteht dann, wenn der Nachfrage nach Wohnungen ein ausreichendes Angebot gegenübersteht.
Deshalb begrüßt die CDU die umfangreichen Nachverdichtungsmaßnahmen. Am Ostwall, an der Hermannstraße, an der Münsterstraße, an der Ascheberger Straße, am Rohrkamp, an der Konrad-Adenauer-Straße, in der Borg und am Nottengartenweg – um nur einige Beispiele zu nennen - sind Nachverdichtungsmaßnahmen in Planung, die für ein attraktives Angebot an kleinen, bezahlbaren Wohnungen sorgen werden. Davon konnten wir uns in den vergangenen Ausschusssitzungen überzeugen.
Deshalb stehen 1.740.000,00 € im Haushaltsentwurf schon jetzt bereit, um neue Wohngebiete in Seppenrade Leversumer Straße Nord, in Lüdinghausen Eickholter Busch und am Hesselmanngraben zu erschließen. 88 Wohnbaugrundstücke werden hier zeitnah entstehen.
Für eine Fläche von 16,8 ha am Aabach wurde das Umlegungsverfahren eingeleitet. Hier werden 336 Wohneinheiten entstehen.
Und die Suche nach weiteren Potentialflächen muss weitergehen. Nur dann werden wir auch die unterschiedlichen Ansprüche an Wohnungsgrößen und Wohnformen künftig zu bezahlbaren Preisen anbieten können. Hierzu gehört auch, dass bei den Planungen die Voraussetzungen für die Schaffung von sozialen Wohnungsbau nicht ganz vergessen werden, ein Thema das immer wieder zurecht von der SPD-Fraktion angesprochen wird und das sich auch Bürgermeisterkandidat Ansgar Mertens auf die Fahnen geschrieben hat.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtverordnete, sehr geehrte Damen und Herren,

wir lassen uns nicht beirren von denen, die mit erhobenen Zeigefinger die Schaffung von Wohnbauflächen als ökologisch unzumutbaren Flächenfraß verhindern wollen. Für alle Flächen werden Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt.
Wir lassen uns nicht ins Boxhorn jagen von denen, die mit verpflichtenden Auflagen und überzogenen energetischen Anforderungen die Baukosten unerschwinglich machen wollen. Auch die Mitmenschen mit dem schmalen Geldbeutel sollen in Lüdinghausen und Seppenrade ihren Traum vom Eigenheim oder der eigenen Wohnung verwirklichen können. Wir wollen allen Bauwilligen maßgeschneiderte Angebote machen. Wir wollen potentiellen Bauherrn aufzeigen, dass es eine Vielzahl von öffentlichen Fördermöglichkeiten gibt, die bezahlbare Mieten und Unterstützung für Selbstnutzer ermöglichen. Das fängt beim Baukindergeld an und hört bei öffentlichen Krediten mit Tilgungszuschuss auf. Dazu wird die CDU eine Informationsoffensive starten.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtverordnete, sehr geehrte Damen und Herren,

mit unserem Bürgermeisterkandidaten Ansgar Mertens und mit neuer Energie für Lüdinghausen und Seppenrade werden wir auch das Thema “Mobilität“ überdenken. Wir brauchen kein Parkkonzept, sondern ein Mobilitätskonzept. Für die Planungen von Mobilitätsstationen sind im Haushaltsentwurf 25.000,00 € eingestellt. Das dürfen keine Insellösungen werden. Verkehrsträger Bahn, Bus, Fahrrad und Auto müssen so miteinander verbunden werden, dass eine attraktive Alternative zum emisssionslastigen Individualverkehr entsteht. Für die kurzen Wege ist in Lüdinghausen und Seppenrade das Fahrrad das Verkehrsmittel Nr. 1. Das werden wir im Blick haben, wenn es um die Verteilung des Verkehrsraumes geht, soweit das nötig ist. Auch die Idee des Kreises Coesfeld vom Shuttle-Busprojekt ohne Fahrer sollte durchaus wiederbelebt werden. Der Bus-Shuttleservice ohne Fahrer zwischen dem Bahnhof Lüdinghausen und der Burg Vischering liegt ja leider wegen fehlender Förderung im Rahmen des Reallabors zurzeit auf Eis. Ein zukunftsweisendes Projekt mit Potential.

Aber, sehr geehrte Stadtverordnete, wir grenzen uns klar ab von denen, die von der mittelfristigen Abschaffung der Autos träumen oder diese verteufeln wollen;
wir grenzen uns ab von denen, die mit Parkraumverknappung und umfassenden Einfahrbeschränkungen eine Verkehrswende erzwingen wollen.
Wir im ländlichen Raum, hier in Lüdinghausen und Seppenrade, sind auf unabsehbare Zeit auch auf den motorisierten Individualverkehr, sei es mit Verbrennungsmotor oder elektrisch betrieben, angewiesen. Deshalb ist das Nebeneinander unterschiedlicher Verkehrsträger so wichtig. Davon lebt unsere Stadt, unser Krankenhaus, der Einzelhandel, die Schulen und auch die ärztliche Versorgung. Wir sind und bleiben ländlich strukturiert: Das ist so, das bleibt so und das ist auch gut so.
Durchdachte Parkraumversorgung ist im Übrigen auch eine Chance motorisierte Verkehrsströme zu lenken. Mit dem Regionaleprojekt „Rings um die Stever“ werden im vorliegenden Haushalt hervorragende Fuß- und Radwegeverbindungen in die Stadt geplant. Pendler, Touristen und Einheimische können am Friedhof oder am Krankenhaus parken. Auf dem Parkbereich des Krankenhauses könnte ein Parkdeck geschaffen werden, um weiteren innenstadtnahen Parkraum zu schaffen. Über kurze, neue Fuß- und Radwege ist die Innenstadt von dort hervorragend zu erreichen.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtverordnete, sehr geehrte Damen und Herren,

Mit unserem Bürgermeisterkandidaten Ansgar Mertens und mit neuer Energie für Lüdinghausen und Seppenrade werden wir unsere Anstrengungen um den Klima- und Umweltschutz fortsetzen und verstärken.

Deshalb sieht der Stellenplan im aktuellen Haushalt die Stelle des Klimamanagers vor. Deshalb findet jetzt im Rahmen der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes die umfassende Bürgerbeteiligung statt.
Mit unserem Bürgermeisterkandidaten Ansgar Mertens wollen wir aus diesem Beteiligungsprozess ein Klimabündnis entwickeln. Es geht darum, dass der Erhalt einer gesunden Umwelt aus der Stadtgesellschaft heraus akzeptiert wird. Wir wollen dazu Leitplanken vorgeben und nicht mit der Gießkanne unabgestimmte Maßnahmen verordnen. Es geht darum, gemeinsam mit Verwaltung, Politik, Stadtgesellschaft, Vereinen und Schulen dieses so wichtige Thema anzugehen. Das muss auch nicht zwangsläufig 1 Million Euro kosten.
Wenn die Ergebnisse dieses Prozesses vorliegen, werden wir die erforderlichen finanziellen Mittel, soweit sie von der kommunalen Ebene zu finanzieren sind, zur Verfügung stellen. Einen Haushaltsansatz von 500.000 € ins Blaue, wie er seitens der Grünen beantragt worden ist, entspricht nicht den Grundsätzen einer soliden Fiskalpolitik.

Allgemein möchte ich jedoch hinzufügen: Wenn jeder seinen eigenen Beitrag zum Beispiel zur Einsparung von Energie, Vermeidung von Müll und Umdenken bei der Wahl seiner Verkehrsmittel leistet und wir als Stadt dazu Vorbild sind und Möglichkeiten schaffen, die genutzt und akzeptiert werden, dann sind wir auf einem guten Weg unseren kommunalen Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele zu leisten.
Klima- und Umweltschutz gehört keiner Person, keiner Partei und auch nicht einzelnen Gruppen, die einmal in der Woche demonstrieren oder mit Resolutionen zum Klimanotstand nur öffentliche Aufmerksamkeit erreichen wollen. Klima- und Umweltschutz erreichen wir nicht mit langatmigen Grundsatz- und Zieldiskussionen. Klima- und Umweltschutz ist Sache aller Bürger. Und Klima- und Umweltschutz erfordert Handeln und nicht Gerede.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtverordnete, sehr geehrte Damen und Herren,

Zu Beginn meiner Rede habe ich eine kleine Bilanz über die im Herbst endende Wahlperiode gezogen, weil der Stadtrat in dieser Besetzung zum letzten Mal über die Finanzen unserer Stadt befinden wird. Einer wird auch nicht mehr dabei sein. Unser Bürgermeister Richard Borgmann hat den gewählten Volksvertretern in Lüdinghausen und Seppenrade 28-mal einen Haushaltsentwurf zur Entscheidung vorgelegt. Er hat als Stadtdirektor und Bürgermeister turbulente und ruhige Zeiten, gute und schlechte Jahre in der Kommunalpolitik von Lüdinghausen und Seppenrade erlebt.

Herr Bürgermeister, Lüdinghausen und Seppenrade haben seit Ihrem Dienstantritt am 01.09.1992 eine fulminante Entwicklung gemacht. Sie hatten immer eine klare Vorstellung, wohin die Entwicklung gehen sollte. Sie haben daran mitgewirkt, dass

Lüdinghausen heute ein starkes Mittelzentrum mit einer vorbildlichen Infrastruktur ist, wo die Menschen gerne leben und die Wirtschaft gern ihr Geld anlegt.
Sie haben Ideen hartnäckig verfolgt. Genannt sei hier das lange Warten auf die Ansiedlung von Bruno Kleine. Auch als die Idee für ein Kino in Lüdinghausen als „Borgmanns Kopfkino“ verspottet wurde, haben sie nicht lockergelassen. In vier Wochen wird das hochmoderne Kino mit fünf Sälen in Lüdinghausen seine Pforten eröffnen. Die Lüdinghauser und Seppenrader warten sehnsüchtig darauf.
Sie sind und waren ein unermüdlicher Kämpfer für Lüdinghausen und Seppenrade. Das hat keiner besser beschrieben als unser grüner Stadtverordneter Eckhard Grundmann, der vor einigen Wochen in den Westfälischen Nachrichten mit den Worten zitiert wurde: „Herr Borgmann hat sich in den vergangenen Wochen so positioniert, dass ich dachte, er läuft sich noch mal für die nächste Runde warm“.

Herr Bürgermeister, die Stadt Lüdinghausen hat Ihnen viel zu verdanken.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtverordnete, sehr geehrte Damen und Herren,

wie den 27 vorangegangenen Haushaltsentwürfen wird die CDU-Fraktion auch diesem Haushaltsentwurf zustimmen, weil der Haushaltsentwurf ausgewogen ist und für unsere Stadt die richtigen Weichen für die Zukunft stellt.
Vielen Dank sage ich im Namen der CDU-Fraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für den engagierten Einsatz zum Wohle von Lüdinghausen. Vielen Dank sage ich Herrn Heitkamp und seinem Team für die Aufstellung des vorliegenden Haushaltes. Vielen Dank an die vielen Ehrenamtlichen, die mit ihrem Einsatz unsere Stadt so lebenswert machen.
Und vielen Dank an die Stadtratskolleginnen und -kollegen der anderen Parteien für die vielleicht manchmal kontroversen, aber fast immer sachlichen und konstruktiven Beratungen.
Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

SPD-Fraktion Lüdinghausen
Michael Spiekermann-Blankertz
18. Februar 2020

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Beigeordneter
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung
liebe Ratskolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,
sehr geehrte Vertreter der Presse,

Herr Bürgermeister,

am Ende ihrer Einbringungsrede im Dezember haben sie gesagt: „*Nicht alles was wünschenswert ist, ist auch finanzierbar. Wir müssen wichtige Akzente setzen und ggf. priorisieren. Abschließend wird es darum gehen, zu schauen, wo die Gemeinsamkeiten liegen.“* Und sie wünschten sich Kompromissfähigkeit im Sinne des Ganzen.

Ich bin mir sicher, dass wir Sozialdemokraten sehr gewissenhaft diesen Haushalt und die Möglichkeiten, die er bietet, ausgelotet haben. Dieses haben wir in den Etatberatungen auch sehr deutlich machen können – und -ich sage es hier direkt zu Beginn der Rede: Diese Haushaltsberatungen haben wir – vielleicht im Gegensatz zu dem einen oder anderen Kollegen - nicht zum Gegenstand des Kommunalwahlkampfes gemacht. Hier und jetzt ist nicht der Ort, um Wahlkampf zu führen.

Zum Haushalt

Die letzten Jahresabschlüsse sowie die mittelfristige Finanzplanung machen deutlich, dass Lüdinghausen im Konzert der Kommunen eine sehr gute Figur macht. So stellten die Wirtschaftsprüfer von Curacon im Jahresabschluss 2018 fest, dass Lüdinghausen eine der wenigen Kommunen in NRW mit einem positiven Deckungsverhältnis ist, mit einer EK 1 von 32% und einer EK 2 von 78,2%. Das sind im Vergleich hervorragende Werte, auf die wir aufbauen können, die erneut

bestätigen, dass wir die erheblichen Investitionen, die wir tätigen auch stemmen können. Dazu kommt, dass die Ausgleichsrücklage nicht mehr gedeckelt ist, wir diese Rücklage weiter füllen können. Eine Vorsorge für zukünftig schlechtere Zeiten, die nicht viele Kommunen in NRW betreiben können.

Auch dieses Jahr sollte es einen positiven Abschluss geben: Im Entwurf war ein Überschuss von 143.000 Euro vorgesehen. Die Beratungen in den Fachbereichen haben dazu geführt, dass sich nun ein negatives Ergebnis von – 166.000 Euro (Stand 16.02.) ergibt. Unter der Voraussetzung, dass auch das umgesetzt wird, was geplant ist, dass auch die Steuereinnahmen planmäßig fließen.

Änderungen, die sich aus den Haushaltsberatungen ergeben haben, die wir als sinnvoll und notwendig erachten:
20.000 Euro Zuschuss LH Marketing für Quartiersmanagement:
60.000 Euro Zuschuss für die Bücherei Personalkosten für einen Medienpädagogen
16.500 Euro Zuschuss für die Pfadfinder
1.500 Euro Zuschuss für Tafel, sinnvoll und trotzdem bedauerlich, dass in so einem reichen Land die Tafeln überhaupt erforderlich sind.
50.000 Euro Vorziehen der Rialto Brücke um ein Jahr

Neben den im Haushalt aufgeführten Einsparungen wie zum Beispiel die Herausnahme des Ausbaus der Kastanienallee führen die oben aufgeführten Maßnahmen zu diesem nun negativen Ergebnis.

Aber das ist nur der Plan. Die tatsächlichen Jahresergebnisse lagen in den vergangenen Jahren immer deutlich über den Planansätzen. Wir haben immer erhebliche Überschüsse realisieren können, teils weil die Steuern sprudelten wie nie, teils aber auch, weil Maßnahmen im Budgetbuch stehen, die nicht umgesetzt wurden oder nicht umgesetzt werden mussten. Ich nenne hier nur das Budget von 500.000 Euro für das Hallenbad, welches vorsichtshalber aufgenommen wurde und auch in den vergangenen Jahren nicht verausgabt werden musste. Doch viele weitere beschlossenen Maßnahmen konnten, teils aus Personalmangel, nicht umgesetzt werden und haben zum Ergebnis beigetragen. Wir haben uns daher die Frage gestellt, welchen Sinn macht überhaupt die Verabschiedung des Haushaltes durch den Rat, wenn die Verwaltung die Beschlüsse nicht umsetzt? Auch der Ansatz der

Personalkosten für den Klimaschutzmanager in 2020, der wohl nicht erforderlich sein wird, da dieser seine Arbeit nach unserer Einschätzung frühestens zu Beginn des Jahres 2021 aufnehmen kann.

Es gelingt uns auch wie in den Vorjahren für die Realisierung unserer Vorhaben Fördermittel in beträchtlicher Höhe aus den öffentlichen Töpfen abzurufen. So stellen wir uns eine insgesamt gute Haushaltsführung vor, sehen wir einmal von den Kosten für das Verwahrgeld ab. Da muss Herr Heitkamp noch nach Lösungen suchen, dieses Geld können wir besser für unsere Projekte verwenden.
Das Abwasserwerk, unsere Goldgrube, leistet nun verstetigt einen Beitrag von über 1. Mio. Euro pro Jahr an den städtischen Haushalt. Bei einem Gesamtumsatz von 5,8 Mio. Euro macht das Abwasserwerk einen Gewinn von 1,7 Mio. und ist kerngesund. Durch unsere Forderung, dass nur die Mittel im Abwasserwerk bleiben, die dort auch verbraucht werden, sprich die Abschreibungen plus eines geringen Aufschlags, haben wir zu dieser Verstetigung an den Haushalt beigetragen. Das Abwasserwerk soll nicht die Spardose für später sein, die erlösten Gewinne sollen auch denen wieder zugute kommen, die dazu beigetragen haben, nämlich den Gebührenzahlern, die die Abwassergebühren zahlen.

Jährlich gehören neben den Steuereinnahmen auch die Einnahmen aus Grundverkaufserlösen zu den Stützen des Haushaltes. Dieses Jahr sollen 1,66 Mio Euro durch Verkäufe in das Stadtsäckel fließen.

Es könnte noch erheblich mehr sein doch:

Einen Punkt haben aber Sie, Herr Bürgermeister, bei der Einbringung angesprochen, der hier nicht unerwähnt bleiben darf, und da ist die Landesregierung aufgerufen, ihrer Verpflichtung endlich nachzukommen.

Nämlich der im Grundgesetz verankerten Verpflichtung, dass den (Zitat) „Gemeinden das Recht gewährleistet sein muss, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zur regeln“. Das darf nicht ausgehöhlt werden. So benötigt auch Lüdinghausen zur Erledigung ihrer Aufgaben dauerhaft Finanzmittel, die eigenverantwortlich und unbürokratisch eingesetzt werden können.

Deshalb ist eine SPD-Forderung, dass die Landesregierung aus CDU und FDP den Vereinbarungen aus dem eigenen Koalitionsvertrag nachkommen muss. Deshalb haben wir diese Resolution heute zur Abstimmung gebracht.

Es darf doch nicht sein, dass im Landeshaushalt 2020 entgegen den Versprechungen wiederum keine Anpassung der Ansätze für die Leistungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz und keine Position für die Weiterleitung der Integrationspauschale, die der Bund den Ländern im Jahr 2020 zahlen wird, vorgesehen ist.

Ein derartiges Verhalten ist unlauter und gehört sich nicht! Seit 2018 enthält das Land an dieser Stelle den Kommunen über 300 Millionen Euro vor und lässt sie damit auf 70 Prozent der Kosten sitzen. Hier hätten wir von Ihnen Herr Bürgermeister noch sehr viel deutlichere Worte hören müssen!!

Dabei wird die konkrete Arbeit hier vor Ort geleistet und wir brauchen das Geld für ein gutes Gelingen der Integration. Lüdinghausen muss finanziell in die Lage versetzt werden, diese Arbeit beständig weiter leisten zu können. Es muss bei der Zusage der Landesregierung bleiben, diese Mittel vollständig weiterzuleiten und sie sollte zügig damit beginnen. Von Ihnen, liebe Mitglieder der CDU und der FDP, erwarte ich, dass sie sich mit Nachdruck bei ihren Vertretern der Landesregierung, bei Herrn Panske und Herrn Höhne, für die Weiterleitung der Integrationspauschale einsetzen und die erforderlichen Gelder einfordern, die den Kommunen seit dem Jahr 2018 zustehen. Dann müssten wir auch nicht über viele oben erwähnte Kleinbeträge streiten.

Positive Entwicklungen:

Unsere Stadt wächst – nun über 25.000 Einwohner und wir müssen uns jetzt darauf vorbereiten, dass wir uns als Stadt mit erweiterten Funktionen wie eine eigene Bauaufsichtsbehörde aufstellen müssen. Der Rathauserweiterungsbau, der auch auf eine größere Verwaltung mittelfristig ausgelegt sein muss, also Reserven bieten muss, ist daher erforderlich. Eine Investition, die unausweichlich ist und auch von uns unterstützt wird. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung brauchen beste Rahmenbedingungen für die gestiegenen Anforderungen an ihre Arbeit. Schließlich erwarten wir Politiker doch gerade beste Arbeitsergebnisse von den Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern der Verwaltung, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass das Umfeld passt!! Sei es durch moderne Büros oder auch durch die Möglichkeit und Angebot eines Home-office Arbeitsplatzes.

Positiv: Kindergartenentwicklung:

Das Wachsen macht sich auch deutlich am steigenden Bedarf von Kindergartenplätzen, und das in allen Betreuungsbereichen. Dem versuchen wir gerecht zu werden und bauen gerade am Standort Hallenbad einen weiteren Kindergarten, in Seppenrade konnte der bereits geplante 4-zügige Kindergarten um weitere 2 Gruppen aufgestockt werden. Trotzdem fehlen Plätze. Eine Möglichkeit wäre die Nutzung des Areals der ehemaligen Astrid-Lindgren-Schule. Doch hier können sich Landrat und Bürgermeister über die Folgenutzung nicht einigen. Der Kreis möchte hier in Wohnungen investieren, die Stadt möchte das Gelände einer anderen Nutzung zuführen. Die SPD befürwortet hier klar einen Kompromiss: Nicht nur reines Wohnen, Wohnen ja, aber dazu zum Beispiel ein Kindergarten und als weitere Nutzung durchaus eine Förderschule, wie sie von der Jugendhilfe Werne vorgeschlagen wurde. Als Standort und als Schulstadt wäre das aus unserer Sicht ideal und machbar. Andernfalls wird alternativ ein weiterer Kindergartenstandort gesucht werden müssen und die Suche wird nicht einfach.

Positives: Schul- und Sporthallen:

Der dringend erforderliche Sporthallenbau geht weiter voran. Trotz aller Schwierigkeiten und Unwägbarkeiten wird die Mehrzwecksporthalle an der Konrad-Adenauer-Straße dieses Jahr fertiggestellt. Im Gegensatz zu manch anderen Fraktionen haben wir diese Halle immer unterstützt. Damit leisten wir nicht nur einen wichtigen Beitrag für den Schul- und Breitensport, sondern auch für den in Lüdinghausen herausragenden Spitzensport und die damit verbundenen tolle Nachwuchsarbeit in den Vereinen. Ich habe immer gesagt, dass Spitzensport immer auch eine Vorbildfunktion für den Breitensport haben kann und so zum Motivator für Kinder und Jugendliche wird. Wer das immer noch nicht glaubt, hat seit mindestens 6 Jahren – solange geht die Diskussion ja schon - seit mindestens sechs Jahren die Augen vor der immer wieder ausgezeichneten und hervorragenden Jugendarbeit, die hier im Sport geleistet wird, verschlossen. Mit dieser Halle stützen und unterstützen wir diese Entwicklung, ob es die Badmintonspieler oder Volleyballerinnen und -baller

sind. Wir alle werden noch auf diese Halle stolz sein, trotz der Kosten, die damit verbunden waren. Langfristig wird sich diese Investition auszahlen, da bin ich mir absolut sicher.

Mit dem Bau der neuen Sporthalle am Canisianum ist ebenfalls bereits begonnen worden und damit erfüllt das Canisianum die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Stadt. So stellen wir Sozialdemokraten uns ein vernünftiges gutes und Miteinander vor.

Hallenbad:

Zu diesem Thema hat ein Fraktionsmitglied gestern gesagt, Michael hier machst du Paste und Copy aus deiner letzten Rede. Hier hat sich im Vergleich zum letzten Jahr nichts verändert. Die APM leistet weiter gute Arbeit und führt das Bad – so gut es geht - wirtschaftlich. Angesichts der gesamten Investitionen, die wir hier vorhaben, bleibt für das Hallenbad lediglich die Hoffnung, dass die Technik noch lange hält, denn vor 2022 wird es mit Sicherheit kein neues Bad in Lüdinghausen geben.

Schulen:

Offiziell dürfen wir uns drei Burgen Stadt nennen, inoffiziell sind wir aber immer Schulstadt und so bezeichnen wir uns zurecht.
Dieser Begriff der Schulstadt möchte aber weiter mit Leben gefüllt werden. Dafür braucht es in den nächsten Jahren echte Taten. Wir bauen eine neue Ludgeri-Grundschule, ohne Kompromisse beim Ausbau von Ganztag, Schulmensa und den Bereichen des gemeinsamen Lernens. Dieser Haushalt setzt das Fundament, aber sichtbar werden die Ergebnisse erst durch eine konsequente Umsetzung aller angestrebten Baumaßnahmen.

Kompromisslos bleiben wir auch beim Umbau der Sekundarschule. Die SPD befürwortet ein ganzheitliches Konzept und lehnt die abgespeckte Variante mit einem billigen Teilumbau ab. Die Schule von heute lehrt das Leben und Jugendliche lernen heute anders als noch vor wenigen Jahrzehnten. Die Inklusion ist ein Recht und keine Bürde. Daher müssen auch alle Räume an der Sekundarschule dieser Konsequenz Rechnung tragen.

Allein für diese beiden Schulbaumaßnahmen stehen bis zum Jahr 2023 über 20 Mio. Euro an Invest im Budgetbuch. Diese Investitionen in Bildung und in Sport sind richtig. Die entsprechenden Mittel sind im Haushalt eingestellt. Neben den Schulen gibt es aber weitere Orte der Bildung:

Außerschulische Lernorte:
Und unsere Schulen sollen mit unserem Stadtleben verbunden sein. Diese Forderung bedingt eine konsequente Weiterentwicklung außerschulischer Lernorte. Einer dieser Orte ist die Bücherei. Es ist viel in das Gebäude investiert worden, es ist – so wurde es bezeichnet – ein Schmuckkästchen geworden. Aber was nützt das schönste Schmuckkästchen, wenn der Schmuck nicht getragen werden kann? Daher muss der nächste Schritt unweigerlich die Investition in kluge Köpfe sein. Die Ratsmehrheit sieht zunächst nur eine Stellenerweiterung zur Absicherung des Betriebs auf kleiner Flamme für diesen Haushalt vor. Wir halten aber nach wie vor eine Stelle für Medienpädagogik erforderlich und richtig, und zwar ohne Sperrvermerk. Die Bücherei ist ein Erfolgsmodell, die Mitarbeiter schieben Überstunden ohne Ende vor sich her, die Bücherei wird von allen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen genutzt. Allein das zeigt die Notwendigkeit nach Personal. Der Empfehlung des Büchereiausschusses sollten wir daher unbedingt folgen. Eine Überprüfung der Büchereifinanzierung halten auch wir für sinnvoll. Das ändert aber gar nichts am tatsächlichen Stellenbedarf. Und wenn die Stelle mit Sperrvermerk versehen werden sollte, möchten wir gern wissen, bis wann der gilt. Wir erwarten, dass die Stelle des Medienpädagogen zum 01.07 2020 besetzt werden muss!! Also in Köpfe investieren!!
Über andere Beteiligungsformen oder kostendämpfende Maßnahmen muss im weiteren Prozess nachgedacht werden. Warum sollten denn beispielsweise die kompletten Einnahmen allein bei der Kirche bleiben?
Die Anbindung an außerschulische Lernorte wird auch vom Biologischen Zentrum gewährleistet. Wir müssen das dortige Konzept der nachhaltigen Bildung in unserem eigenen Interesse und im Interesse der künftigen Generationen durch Unterstützung für das Biologische Zentrum klar unterstreichen.

Am Schulzentrum entsteht ein sozial-integratives Begegnungszentrum. Mit der Trägervergabe an die Caritas haben wir den richtigen Schritt gewagt, um dieses

Angebot im Förderzeitraum qualitativ hochwertig auszugestalten. Doch der SPD ist auch am Ausblick gelegen. Der Förderzeitraum ist kurz und es darf im Sinne der Nutzer kein plötzliches Ende ab 2022 geben.

Soziales Lernen ist Kernthema von uns Sozialdemokraten. Dazu gehört auch die Schulsozialarbeit. Ohne die SPD würde es heute an den Lüdinghauser Grundschulen keine soziale Arbeit für unsere Kinder, ihre Eltern und Lehrer geben. Wir möchten, dass die Verträge alsbald möglich entfristet und damit gesichert werden. Gute Leute kann man nur halten, wenn man ihnen eine sichere Perspektive bietet.
Wir wissen, dass wir als Stadt nicht die Arbeitgeber sind, wir können aber unseren Einfluss als Auftraggeber geltend machen und eine Fortführung für die nächsten Jahre den Auftragnehmern zusichern. Vielleicht geling dann eine Entfristung der Verträge und damit eine Kontinuität der Arbeit.

Soziales:
Die SPD setzt sich stetig für eine verlässliche und klare sozialpolitische Handschrift der Kommunalpolitik ein. Es ist positiv zu bemerken, dass wir mit diesem Haushalt explizit die Arbeit der Pfadfinder mit einem Zuschuss unterstützen. Jugendarbeit bedeutet für uns, dass Generationen voneinander lernen und junge Menschen Verantwortung für sich selbst und die Gemeinschaft übernehmen. Dieses soziale Engagement gehört stetig gefördert.
Darüber hinaus ist auch das neu-reformierte Kinderbildungsgesetz nicht so prachtvoll wie es klingt. Das meiste zusätzliche Geld brachte die Bundesfamilienministerin Franziska Giffey aus dem Bundeshaushalt mit. Die Landesregierung beendet jedoch nicht die mögliche Unterfinanzierung der Träger. In Lüdinghausen werden immer mehr Kinder geboren. Das ist wunderbar! Es ist jedoch nicht wunderbar, dass es in Zukunft nicht leichter werden wird, Träger für eine Kita zu finden. In der Vergangenheit ist uns das Deutsche Rote Kreuz in der Not, Kita-Plätze zu schaffen, beigegestanden. Die Not sollte jedoch kein Normalzustand sein.

Die SPD wünscht sich kostenfreie und vielfältige Bildungsangebote von der Kita bis zur Hochschule. Die Mehrheit aus CDU und Grünen hat im Rat jedoch entschieden, die neue Trägerschaft einer Kita nicht an die Jugendhilfe Werne zu vergeben, sondern erneut an das DRK. Wir freuen uns über jede Bewerbung. Allerdings hatten wir dieses Mal sogar eine Auswahl und eine sehr gute Alternative. Hier einem weiteren Träger zu ermöglichen, in Lüdinghausen Fuß zu fassen, wäre aus unserer Sicht im Sinne von Trägervielfalt weitsichtiger gewesen.

Der FDP-Antrag für eine zusätzliche Stelle zur Randzeitenbetreuung in einer städtischen Kita kam sehr kurzfristig und konnte daher, weder von der Verwaltung, noch vom Fachausschuss in gebührender Weise bearbeitet werden. Aber klar ist auch, dass veränderte Arbeitszeitmodelle angepasste Betreuungsmodelle bedingen. Daher ist ein solches Angebot auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen förderlich. Die Frage ist nur sofort oder mit Beginn des nächsten Kindergartenjahres, wenn die neue Befragung durchgeführt wird. Wir tragen dem nun Rechnung, dass wir nach konkreter Abfrage von Betreuungszeiten diese Stelle sofort einrichten können. Bis dahin wird sie mit einem Sperrvermerk versehen. Ein aus unserer Sicht guter Kompromiss, bleibt uns ja noch ausreichend Zeit zur Prüfung.

Verkehr / Parken:

Nachdem dieser Haushalt verabschiedet worden ist, wird unverzüglich das Parkraumkonzept in Auftrag gegeben, so die Vereinbarung. So hat der BVBU einstimmig am 24.09.2019 beschlossen. Das Parkhaus ist erst einmal vom Tisch, weil sich kein Investor gefunden hat; traurig sind wir darüber nicht, aber die Probleme bleiben und unsere Verpflichtung, die wir mit der Genehmigung des Baus des Gesundheitscampus eingegangen sind, auch. Ich möchte nur in Richtung Grüne hinzufügen, dass ein Ja zum Campus auch bedeutet hat, für den erforderlichen Parkraum sorgen zu müssen. Auch dieser Verantwortung sollten sich alle Fraktionen stellen. Nur Nein zu sagen ist zu kurz gedacht. In dieses Parkraumkonzept muss auch die sich verändernde Situation an der Münsterstraße berücksichtigt werden. Die im letzten KEPS aufgezeichneten Entwicklungen durch die Architekten wurden von unserer Fraktion insgesamt begrüßt, es wird das Straßenbild dort verändern und den Parkdruck in der Innenstadt weiter erhöhen.

Mit dem Verkauf des Grundstückes an der Selmer Straße an die Westfalen AG zum Bau einer Tankstelle haben wir uns ein weiteres Verkehrsproblem geschaffen. Eine Tankstelle, ob nötig oder nicht und an diesem Standpunkt, stand dabei gar nicht zu Diskussion, viele Menschen begrüßen es auch, dass neben der Premiummarken nun eine anderes Preissegment in Lüdinghausen angeboten werden kann. Die Abbiegespur ist kritisch zu sehen, bei Rückstau entsteht eine unübersichtliche Situation, besonders auch für Fußgänger, Radfahrer und den Fahrgästen, die mit dem Bus an der Haltstelle Stadtstannenweg aussteigen. Ein vernünftiger moderner Radweg fehlt auf dem Teilstück an der Selmer Straße. Wir sind mit der gesamten verkehrlichen Anbindung nicht glücklich, aber bestand überhaupt eine Alternative? Und können wir auch die Anwohner des Stadtstannenweges davor schützen, dass ihre Straße bei Rückstau der Selmer Straße nicht als Abkürzung zur B 58 herhalten muss. Dass der Landesbetrieb Straßen NRW die Zuwegung zur B 58 als Ausfahrt von der Tankstelle verweigert, dafür mag er seine Gründe haben, für Anwohner an der Selmer Straße ist das ein erheblicher Nachteil, weil sich die Verkehre wesentlich häufiger kreuzen. Eine zusätzliche Ausfahrt würde zur Entspannung beitragen.

Lastenrad:

Ja, auch ein Lastenrad kann zur Entspannung des Verkehrs in der Stadt beitragen, wenn auch nur sehr bescheiden. Wir beauftragten daher die Verwaltung einstimmig mit der Erarbeitung von Förderrichtlinien für Lastenfahrräder. Im zuständigen Ausschuss wird die gute Vorlage dann besprochen und CDU, FDP und selbst die Grünen knicken ein, knicken ein bei einer Summe von 10.000 Euro. Erinnerung: 175.000 Euro haben wir den Buddelvereinen gegeben, die es auch nicht zwingend nötig gehabt hätten. 10.000 Euro zur Förderung von Radverkehr. Ich habe es bereits im Ausschuss gesagt, die Familie meines Nachbarn hat nach dem Kauf eines Lastenrades ihren zweiten PKW abgeschafft, sie braucht das Auto nicht mehr. Daher haben wir uns für den Antrag der Verwaltung ausgesprochen.

Variante B: Änderung:

Mit der jetzigen Änderung, die Beschränkung der Förderung auf 10% bis max. 500 Euro und nur an Private können wir leben, das entspricht der grundsätzlichen Intention der Förderung nachhaltiger Mobilität. Und bei Erfolg sollten wir Vorschläge

machen, welche weiteren Maßnahmen wir noch umsetzen können, ob eine Anschlussförderung möglich ist.

Auch traut sich die CDU / FDP noch nicht so richtig an Fahrradstraßen heran. Unser Vorschlag, ein Teilstück der Tüllinghofer Straße zur Fahrradstraße umzuwidmen, wurde erst einmal zurückgestellt. Geprüft vom Kreis soll dagegen auf unseren Vorschlag die Umwidmung der Straße am Feldbrand, so die Empfehlung des Ausschusses.

Positiv verbuchen wir die Zustimmung unseres Antrages nach einer modernen Fahrradabstellanlage mit Lademöglichkeiten für E-Bikes. Es ist ein Baustein zu Mobilitätszentralen, wie wir sie benötigen. Dazu zählen Abstellmöglichkeiten für PKW und Fahrräder sowohl innerstädtisch als auch im Außenbereich an Knoten- und Haltepunkten bei Bus und Bahn ebenso wie der Ausbau von Fahrradschnellstraßen im Kreis Coesfeld.

Negative Entwicklung - Wohnen:

Lüdinghausen konnte wachsen, weil wir Bauland ausweisen konnten. Dieses wird knapp und wir verdichten nach, schaffen so auch wieder Platz. Am Hesselmanngraben, Am Hüwel und am Eickholter Busch haben wir soeben kleinere neue Baugebiete ausgewiesen. Keines, keines dieser Gebiete deckt aber den tatsächlichen Bedarf an Wohnungen, erst recht nicht an bezahlbaren Wohnungen ab. Auch hier werden wieder vorrangig Einfamilienhäuser entstehen. Ja, dieser Bedarf muss auch gedeckt werden, aber der Druck nach bezahlbaren Wohnungen ist auch in Lüdinghausen immens geworden. Hier hat die Politik, insbesondere die Wohnungspolitik von CDU und FDP auch hier vor Ort völlig versagt. Unsere Forderungen nach anteiliger Ausweisung von sozial geförderten Wohnungen in neuen Baugebieten wurden klare Absagen erteilt, haben sie mit Ihren Mehrheiten immer verhindert. Die wenigen privaten oder genossenschaftlichen Vorhaben ziehen sich wie Gummi, Beispiel Altes Sägewerk an der Ascheberger Straße. Dabei hat die Pestel Studie klar und deutlich aufgezeigt, dass hier großer Bedarf entstanden ist. Nichts haben wir erreicht im Bereich des geförderten oder bezahlbaren Wohnraums, eher das Gegenteil: Immer mehr bezahlbarer Wohnraum fällt aus der Förderung und steht somit nur noch dem freien Wohnungsmarkt zur Verfügung; und auch dieser ist

leergefegt. Landesmittel zur Förderung des Wohnungsbaus werden überhaupt nicht in Anspruch genommen. Wir haben es in den letzten Jahren nicht geschafft, Flächen in Wohngebieten für bezahlbare Wohnungen auszuweisen. Weder einen prozentuellen Anteil noch die Ausweisung von bestimmten geeigneten Flächen konnten wir durchsetzen. Unsere heimischen Unternehmen, für die wir alles erdenkliche von Seiten der Stadt unternehmen, suchen Mitarbeiter, die dann aber nicht wissen wo sie hier überhaupt – geschweige denn günstig - wohnen können. Wir denken auch an junge Familien, an Alleinerziehende, an ältere Menschen, die hier keine Wohnungen finden. An Lüdinghauser, die in ihre Stadt zurückkommen und eine Familie gründen wollen, weil Lüdinghausen Lebenswert ist. All diese Menschen finden hier keine Wohnung, bezahlbare schon gar nicht. Daher müssen wir nun unsere Anstrengungen deutlich verstärken um diesen Missstand zu beheben und uns endlich klar und deutlich dazu bekennen, dass wir auch für diese Menschen Wohnraum schaffen müssen und zumindest dafür die planerischen Voraussetzungen in neuen Wohngebieten schaffen. Im HFA haben wir als Instrument das Ziel entsprechend formuliert und als Kennziffer hinterlegt. Das Ziel im Produkt Liegenschaftsverwaltung heißt nun: Optimierung des Standortes Lüdinghausen durch Bereitstellung von Wohnbaugrundstücken zur Versorgung möglichst breiter Bevölkerungsschichten, insbesondere die Förderung von bezahlbarem und geförderten Wohnraum. Dadurch wird noch kein Wohnraum geschaffen, aber es zeigt zumindest ein Ziel auf, welches umgesetzt werden muss!

Wohnungsbau und Klimaschutz sind die Herausforderungen der nächsten Jahre und sie gehören unmittelbar zusammen.

Klimaschutz:

Wir erinnern uns: Bündnis 90 / Die Grünen wollten – wie landauf und -ab – auch in Lüdinghausen durch einen als Bürgerantrag getarnten Antrag den Klimanotstand ausrufen.

Doch der Begriff „Notstand“ ist negativ behaftet, die Älteren erinnern sich vielleicht noch an die 68er Jahre, einer Zeit extremer politischen Unruhen. Damals wurden die Notstandsgesetze verabschiedet.

Lüdinghausen hat den „Notstand“ nicht ausgerufen. Wir haben in Lüdinghausen schon früh mit der Umsetzung konkreter klimaschutzdienlicher Maßnahmen begonnen. Das reicht bei weitem nicht, wir dürfen die Hände nicht in den Schoß legen. Deshalb befürworten wir auch die Erstellung eines richtungsweisenden Klimakonzeptes für Lüdinghausen als Voraussetzung für die Einstellung eines Klimaschutzmanagers, der die in dem Konzept entwickelten Maßnahmen dann auch umsetzen muss. Wir sind überzeugt, dass die Fa. Geretec ein gutes Konzept erstellen wird. Die bisherigen Vorstellungen unterstreichen die Kompetenz des Büros. Im Arbeitsgruppen, in denen viele Akteure aus der Bürgerschaft mitarbeiten, werden konkrete Maßnahmen erarbeitet, die dann entsprechend umgesetzt werden. Dass die Situation dramatisch ist, hat ja Herr Hübner von Büro Geretec in seiner Präsentation deutlich gemacht: Beispielhaft müssten – um die Klimaschutzziele überhaupt erreichen zu können – pro Jahr in Lüdinghausen 1500 PKW abgeschafft und zusätzlich auf den Wohngebäuden 1000 neue PV Anlagen installiert werden. Und das sind nur 2 von 6 Bausteinen jährlich, um die erforderliche CO2 Einsparmenge erreichen zu können. Daraus allerdings abzuleiten, dass ein pauschales Budget in 7-stelliger Höhe, ohne konkrete Maßnahmen zu benennen, ohne die fachliche Auswertung des Klimaschutzkonzeptes durch den Klimaschutzmanager abzuwarten, in den Haushalt eingestellt werden muss, halten wir für den falschen Weg. Diese Forderung ist vielleicht emotional verständlich, aber rational nicht vertretbar, weil nicht effektiv. Es geht beim Klimaschutz nicht um einen bestimmten Betrag, es geht darum das ein Konzept systematisch und strukturiert umgesetzt werden muss, denn nur so kann ein Ziel erreicht werden. Diese gesetzten Ziele müssen auch realistisch sein, müssen erreichbar sein, da sonst keine Akzeptanz zu erwarten ist, auch eine Aussage des von mir bereits erwähnten Herrn Hübners. Vor diesem Hintergrund sind die Äußerungen von Bündnis 90/Grüne im HFA vom 23.01.2020 sowohl unter Klimaschutz- als auch unter finanzpolitischen Aspekten nicht zu vertreten.

Zur Zielerreichung der CO2-Erparniss wäre es zielführender, den Ausbau der Windenergie massiv zu forcieren, Planungen und Umsetzung bereits bestehender Projekte zu fördern, doch da fehlt dem Bürgermeister und der Mehrheitsfraktion der

Mut. Sie wollen nicht in den Konflikt mit den Windkraftgegnern und scheuen das juristische Risiko. Es gibt Investoren, die Anlagen errichten wollen und zwar dort, wo es erwiesenermaßen auch verträglich ist, die alle Gutachten und Umweltverträglichkeitsprüfungen vorweisen können. Trotzdem sorgen wir nicht dafür, unterstützen sie nicht einmal, dass sie es genehmigt bekommen. Gerade die Windenergie ist der Schlüssel, um die erforderlichen CO2-Einsparungen überhaupt erreichen zu können. Um Energie zu bekommen ist daher eine massive Ausweitung der Windenergie unerlässlich!! Aldenhövel kann nicht das Ende sondern muss der Anfang sein!!

Wir haben angeregt, dass der bisher nicht genutzte Teilergebnisplan 14 Klimaschutz zukünftig mit Leben gefüllt werden kann. Alle Maßnahmen, die diesem Ergebnisplan zugeordnet werden können, insbesondere die Umsetzungsmaßnahmen durch den Klimaschutzmanager, sollen darunter erfasst werden. Dies dient vor allem auch der Transparenz und der Klarheit im Budgetbuch. Wir erwarten die Umsetzung im Haushaltsplanentwurf 2021!
Auf unsere vielfältigen Anträge zum Klima- und Umweltschutz möchte ich gar nicht im Detail eingehen, auszugsweise nenne ich hier die Anträge zu:

Einbau von lärmarmen Asphalt;
Ausbau der WEA
Antrag Blühwiese Ehda-Flächen, strukturierte und nicht punktuelle Vorgehensweise
Plastikarme Stadt
Nachhaltiger Ausbau der Wohngebiete -sozial verträglich
unser Antrag Klimapakt – von dem sich einiges sicher im Klimaschutzkonzept wiederfinden wird -
Mitgliedschaft AGFS
Ausbau Radverkehr; Fahrradstraßen
etc. etc

Herr Grundmann, sie schreiben in Ihrem Leserbrief vom 15.02.: „*Die Weigerung der Ratsmehrheit auf Bereitstellung der Mittel offenbart hier leider ein fehlendes Problembewusstsein.“* Angesichts der hier von mir nur fragmentiert beschriebenen Aufzählung unserer Anträge und Anregungen kann ich dieses zumindest für meine

Fraktion nicht stehen lassen, das ist in hohem Maße bedenklich, dass sie uns allen hier öffentlich fehlendes Bewusstsein vorwerfen. Ich mache wie sie seit über 20 Jahren Ratsarbeit, aber hier allen Fraktionen pauschal fehlendes Problembewusstsein zu unterstellen, ihnen allein ein Bewusstsein zuzugestehen, ist anmaßend. Dieser Leserbrief war leider keine Empfehlung für das Bürgermeisteramt.

Unsere Fraktion wird weiter den Weg der Vernunft gehen, denn wie bereits erwähnt, lassen sich nur so die gesteckten Ziele erreichen.

Stellenplan:

Immer mehr Aufgaben müssen von der Verwaltung umgesetzt werden, der Bürger erwartet immer bessere Serviceleistungen, online-Dienstleistungen müssen ausgebaut werden. Daher ist es nur logisch, dass es mehr Menschen benötigt, die diese Arbeiten ausführen. Auf dem Arbeitsmarkt sind Stellen rar, daher begrüßen wir es ausdrücklich, dass wir 3 weitere Auszubildende sowie erforderliches zusätzliches Personal einstellen.

3 Auszubildende Mehrkosten		23.200 Euro
½ Stelle zusätzlich für Prüfung Elternbeiträge OGS	ab 01.07.	15.600 Euro
½ Stelle zusätzliche Personalbereich	ab 01.07.	15.600 Euro
25 Stunden zusätzlich Fachinformatiker	ab 01.07.	25.000 Euro
1 Stelle zusätzlich Feuerwehrgerätewart	ab 01.07.	25.900 Euro
1 Stelle zusätzlich Springer Hausmeister	ab 01.08.	22.200 Euro
12,5 Wochenstunden VHS für Integrationskurse		23.100 Euro
1 Stelle zusätzlich Klimaschutzmanager	ab 01.07.	38.500 Euro

Gesamt 2020		165.000 Euro
Zusätzlich ein Medienpädagoge für die Bücherei		40.000 Euro

Dazu fordern wir die Anpassung der Feuerwehrpauschalen, die seit Jahren nicht mehr angepasst wurden. Das ist ein kleiner Beitrag, den wir ohne großes Federlesen auch nach den Beratungen noch beschließen können, es ist aber ein Zeichen der Wertschätzung an das Ehrenamt unserer Freiwilligen Feuerwehr.

Ich komme zum Schluss:

Wir haben in den letzten Jahren viel erreicht, Lüdinghausen hat sich gut entwickelt, wir stehen auch finanziell gut dar. Und daran haben wir Sozialdemokraten einen erheblichen Anteil. Sei es Hallenbad oder Kino, Parkhausstandort oder Gesundheitscampus; Schulentwicklung und Sportanlagen, Klima und Verkehr; überall haben wir Maßstäbe gesetzt und durch vernünftiges Handeln häufig vor Fehlern geschützt. Nichts erreicht haben wir leider im Bereich des sozialen Wohnungsbaus. Man braucht halt Mehrheiten, und die haben andere.
Wir freuen uns auf das Kino, den neuen Wertstoffhof, vor allem auf unsere neuen modernen Schulen und Sportanlagen. Auf den neuen Platz bei Union, die Planung einer modernen Umkleidekabine am Stadion sowie den weiteren Ausbau der Plätze und Wege im Zuge der Regionale 2016 und auch auf den Dirt-Park und einen barrierefreien Übergang über die Stever in Höhe der Rialto-Brücke.

Dieser Haushalt ist, wie ich eingangs andeutete, ein Kompromiss, ein Kompromiss, weil er unter dem Druck der begonnenen Prozesse, der Schulbauten, der Regionale und allen anderen erforderlichen begonnenen Investitionen steht. Wir freuen uns, dass viele unserer Anträge und Anregungen im Haushalt Berücksichtigung fanden, dass wir weitere Akzente setzen konnten. Alles ging nicht, aber wir müssen in der Politik auch kompromissfähig sein und daher beharren wir auch nicht zwingend auf beispielsweise weitere 10.000 Euro mit Sperrvermerk für Lastenräder.

Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr. Ihnen wünsche ich Geduld bis zur Fertigstellung neuer Büroräume, und Geduld werden sie brauchen. Bei Herrn Heitkamp und seinem Team, die diesen Haushalt aufgestellt haben. Auf fast alle Fragen konnten sie antworten und die Sachverhalte begründen. Bei Ihnen Herr Borgmann und Herr Kortendieck für die insgesamt gute Zusammenarbeit im Rat und natürlich auch bei Frau Krebber, ohne die ich mir das Vorzimmer des Bürgermeisters gar nicht vorstellen mag. Sie hat es im Griff.

Zuletzt aber sage ich persönlich auch Danke dafür, dass sie mir 18 Jahre lang geduldig an dieser Stelle zugehört haben. Es war bestimmt nicht immer einfach. Die SPD-Fraktion stimmt diesem Entwurf mit den Änderungen und dem Stellenplan zu

Haushaltsrede 2020

Sehr geehrte Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen Stadtverordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,

ja, wir stehen vor einer Kommunalwahl im Herbst mit offenem Ausgang. Ich behaupte, dass es noch keine Kommunalwahl in Lüdinghausen gegeben hat, deren Ausgang so schwierig zu prognostizieren war, wie wir es - Stand heute - dieses Mal erleben.

Nein, die Themen, die uns in diesem Jahr bewegt haben, dürften keinen kommunalpolitischen Kenner überrascht haben. Der Klimaschutz bewegt unsere Fraktion bereits in der gesamten Sitzungsperiode dieses Rates. Die Klimakrise spitzt sich weltweit zu. Wieso also sollten wir dieses Thema nicht bei den Etatberatungen ansprechen und warum sollten wir nicht die von uns für erforderlich gehaltenen Maßnahmen zur Abstimmung stellen? Nur weil dieses Jahr Wahlen sind?

Aber der Reihe nach.

Verwaltungshandeln

Die Verwaltung hatte sich in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen als nur bedingt handlungsfähig erwiesen, ich hatte das schon im vergangenen Jahr bemängelt – Beschlüsse wurden mit dem Verweis auf die knappe Personalsituation nicht umgesetzt (NKF, Angebot Solaranlage Rathaus einholen, Schallschutz Musikschule etc.). Mit Blick auf den Stellenplan darf ich nun ein Jahr später erfreut konstatieren, dass sich hier etwas bewegt, durch die Schaffung zusätzlicher Stellen wird nun eine Voraussetzung dafür geschaffen, um die Engstellen bei der Aufgabenbewältigung beseitigen zu können.

Die Stimmung innerhalb der kommunalen Familie ist aktuell getrübt. Ursache ist der von der Verwaltung vom Zaun gebrochene Streit mit dem Kreis hinsichtlich der Weiterentwicklung des Areals der ehemaligen Astrid-Lindgren-Schule. Die Verwaltung beharrt auf ein Festhalten an der Ausweisung als Schulstandort, der Kreis möchte das Gelände nutzen, um bezahlbaren Wohnraum und bei Bedarf gern auch eine Kita zu etablieren. Das Verhalten der Verwaltung ist in diesem Fall völlig unproduktiv und wir fordern, dass hier schnellstmöglich zur Sacharbeit zurückgekehrt wird.

Neues Kommunales Finanzmanagement - NKF

Durch die vom Land beschlossene Abschaffung der Verpflichtung, für alle Produkte Ziele und Kennzahlen zu definieren, ändert sich für uns hier in Lüdinghausen de facto erstmal nichts. Denn für einen großen Teil unserer Produkte traf und trifft ja genau dieser Sachverhalt zu. Wir haben weder Ziele noch Kennzahlen bzw. Ziele und Kennzahlen stehen in keinem logischen Bezug zueinander. Durch diese Gesetzesänderung der Kommunalhaushaltsverordnung wird der bestehende Zustand also lediglich legalisiert. Allerdings trifft dies nicht für sog. bedeutsame Produkte zu. Für die muss es auch weiter Ziele und Kennzahlen geben. Und: Natürlich dürfen Kommunen weiterhin Ziele und Kennzahlen definieren. Aus Sicht eines Ratsmitgliedes sage ich:

Wir müssen das auch tun. Oder wollen wir uns den Vorwurf gefallen lassen, ziellos zu agieren? Denn nur wenn man seine Ziele kennt, kann man die erforderlichen Handlungen ableiten und die erforderlichen Ressourcen bereitstellen. Das gilt für den Rat wie für die Verwaltung. Und nur, wenn man über sinnvolle Kennzahlen überprüfen kann, ob die selbst gesteckten Ziele auch erreicht worden sind, kann man entscheiden, ob man den Kurs halten kann oder ob man ihn korrigieren muss.

Ich hoffe, dass in diesen Räumen ab dem 4. Quartal 2020 in Sachen Produktziele und Produktkennzahlen Impulse von einer neuen Ratsmehrheit ausgesendet werden. Und ich gehe davon aus, dass diese Impulse dann von der neuen Verwaltungsspitze bereitwillig aufgegriffen, verstärkt und anschließend umgesetzt werden.

Burg Wolfsberg

Die Burg Wolfsberg ist in das Eigentum der Stadt übergegangen, doch was fangen wir mit dem guten Stück jetzt an? Aus Sicht meiner Fraktion ist eine – zumindest teilweise – öffentliche Nutzung erstrebenswert. Denn dadurch wäre am einfachsten zu gewährleisten, dass die Burg für die Öffentlichkeit zugänglich und erlebbar wird. Leider hat sich die Mehrheit dieses Gremiums nicht dafür erwärmen können, die Burg Wolfsberg zumindest in Teilen für die Unterbringung von einzelnen Abteilungen unserer Verwaltung zu nutzen. Die Burg auch künftig als Wohnraum zu nutzen, wie das jetzt bereits der Fall ist, ist eine naheliegende Idee. Allerdings dürfte es schwierig werden, hier die laufenden Kosten mit den regelmäßigen Einnahmen in Einklang zu bringen.

Wir sollten hinsichtlich der künftigen Nutzung nichts überstürzen, sondern zunächst externen Sachverstand hinzuziehen. Vielleicht gelingt es uns ja, etwa in Kooperation mit dem Fachbereich Architektur der Fachhochschule Münster, ein fachlich fundiertes Ideenfindungsprojekt durchzuführen. Dessen Ergebnisse könnten dann anschließend gemeinsam mit der Bürgerschaft diskutiert und so hinsichtlich der Akzeptanz auf den Prüfstand gestellt werden.

Bildung - Bücherei

Die umfangreichen Investitionen in unsere Schullandschaft sind richtig und zukunftsweisend: Ob Sekundarschule oder – hoffentlich ab nächstem Jahr – dann auch der Teilneubau der Ludgerischule, das Geld, das wir hier ausgeben ist bestens angelegt! Besonders gut finden wir, dass am Standort auch eine Mensa für das Mittagessen der Kinder vorgesehen ist.

Die Neuaufstellung unserer Stadtbücherei ist ein voller Erfolg: Sie ist mittlerweile mehr als nur ein Ort, wo Bücher oder andere Medien ausgeliehen werden können. Sie ist auch ein Ort, an dem man sich treffen kann, um gemeinsam zu spielen, auf einen Kaffee ein bisschen im Netz zu surfen oder Zeitung zu lesen. Was Herr Mählmann mit seinem Team leistet ist einfach klasse. Steigende Besucherzahlen, mehr Ausleihen und eine längere Verweildauer sprechen eine deutliche Sprache. Die Kehrseite der Medaille: Der Zeitaufwand für die Betreuung der Leserschaft wächst und ist mit dem vorhandenen hauptamtlichen Personal einfach nicht mehr zu stemmen.

Da die katholische Kirchengemeinde erklärt hat, sich in Personalangelegenheiten nicht stärker finanziell engagieren zu wollen, müssen wir diese Aufgabe ohne Unterstützung der Kirche bewältigen. Das bedeutet dann aber auch, dass wir uns mit der Organisation rund um das Büchereipersonal befassen müssen, denn eine Stelle, die zu 100% durch die Stadt finanziert wird, kann nach meinem Verständnis nicht der Personalverantwortung der Kirche unterliegen. Hier müssen wir also organisatorisch neue Wege beschreiten.

Verkehrspolitik - Mobilitätswende

Aufgrund der weltweit geführten Klimadebatte bricht sich langsam auch in Lüdinghausen die Erkenntnis Bahn, dass wir eine Mobilitätswende brauchen. Selbst konservativen Politikern geht dieses Wort mittlerweile leicht über die Lippen. Doch wie es tatsächlich um die Einsicht in Notwendigkeit von Veränderungen bestellt ist, wird hier vor Ort bereits an kleinen Beispielen deutlich, etwa der Umgestaltung von Wilhelmstraße und in deren Verlängerung Richtung Osten die Ostwallquerung: Das ist ein erster Prüfstein, wie es um den Stellenwert des umweltfreundlichen Fahrrad- und Fußgängerverkehrs wirklich bestellt ist, und der scheint leider negativ auszufallen. Dem Autoverkehr wird unverändert Vorrang eingeräumt, obgleich die Anzahl der Fußgänger und Radfahrern insbesondere zu den Stoßzeiten die Anzahl der Autofahrer übersteigt.

Mobilstationen, das liest sich im Etatentwurf erst mal gut, warten wir ab, was tatsächlich daraus wird. Als regelmäßiger Busnutzer würde ich es natürlich begrüßen, wenn es mehr Witterungsschutz an Haltestellen geben würde. Und eine Echtzeitanzeige, wann der nächste Bus kommt: liebend gern! Aber wichtig ist, dass wir gerade am Wochenende zu einer weiteren Taktverdichtung kommen. Sonntags ein 2-Stunden-Takt nach Münster, das ist schlichtweg unzureichend!

Das vom Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) ins Spiel gebrachte Projekt „S-Bahn Münsterland“ ist in Lüdinghausen leider vollständig an uns vorbeigezogen. Dabei böten sich gerade hier für uns Chancen, künftig mehr Nahverkehr über die Schiene – und damit unabhängig von den Stau anfälligen Straßen – abzuwickeln.

Und dann war da noch das von der Stadtverwaltung entwickelte und vorgelegte „Kommunale Förderprogramm für Lastenfahrräder“.

Was war das für eine schwere Geburt, das Kind der Verwaltung wäre fast im Geburtskanal steckengeblieben. Zum Glück hat sich dann die CDU im letzten Moment doch noch zum Griff zur Saugglocke durchgerungen, so dass das städtische Förderprogramm das Licht der Welt erblicken durfte.

Nachhaltigkeit und Wachstum

Das Größenwachstum von Lüdinghausen ist, seitdem ich in Lüdinghausen Kommunalpolitik mache, ein ganz zentrales Leitmotiv für das politische Handeln der Ratsmehrheit / der Mehrheitsfraktion. Erst war die Überschreitung der 20.000-Einwohner-Marke erstrebenswertes Ziel, danach war es die **25.000er Marke**, die es zu knacken galt. Zum Jahreswechsel scheint dieses Ziel erreicht worden zu sein.

Wir halten diese offensive Wachstumspolitik, die ganz klar auf Zuzug von außen setzt und häufig zu Lasten anderer Kommunen geht, für völlig aus der Zeit gefallen. Wachstum ist nicht per se schlecht, es darf aber auch kein Selbstzweck sein.

Denn Bevölkerungswachstum heißt leider auch: Immer größerer Flächenverbrauch. In einer Zeit, in der Flächen ein rares Gut sind, sollte man sich dreimal überlegen, für welche Bebauungsart man landwirtschaftliche Nutzfläche überhaupt noch opfern darf.

Wenn etwa im neuen Baugebiet Aarbach - wie es aktuell aussieht - Flächen ausschließlich oder vorrangig für Einfamilienhäuser ausgewiesen werden sollen, dann jedenfalls werden die Weichen völlig falsch gestellt.

Die Pestel-Studie hat unmissverständlich aufgezeigt, welche Defizite im Lüdinghauser Wohnungsmarkt bestehen: Es fehlen kleine und bezahlbare Mietwohnungen. Wenn unbedingt zusätzliches Wohnbauland ausgewiesen werden soll, dann – bitteschön - sollten wir doch auch bei der Schaffung von Wohnraum direkt bei diesen Defiziten ansetzen. Die Argumentation, dass schließlich mit dem Bau von Einfamilienhäusern an anderer Stelle der Stadt Mietwohnungen freiwerden könnten, ist offenkundig falsch. Bei der Menge an Einfamilienhäusern, die in den letzten Jahren gebaut worden sind, hätte sich dieser Effekt doch schon längst einstellen müssen! Es bleibt also die Erkenntnis:Wenn zu wenig kleine Wohnungen da sind, dann müssen wir als Stadt dafür Sorge tragen, dass hier auch direkt ein Angebot geschaffen wird.

Mehr Gebäude und mehr Einwohner ziehen auch eine Steigerung des Energiebedarfs nach sich. Um das Ziel „Klimaneutralität“ trotzdem erreichen zu können, muss sichergestellt werden, dass durch hohe Dämmstandards (Stichwort: Passivhaus) in Verbindung mit dem Einsatz von regenerativen Energieträgern (Stichwort: Solarenergie) und klimafreundlichen Baumaterialien (Holz) die Neubaugebiete faktisch zu Energiesenken werden.

Klimaschutz

Endlich! Wir haben uns auf den Weg gemacht, die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes ist „in Mache“. Schade nur, dass das alles „gefühlt“ unter Ausschluss der Öffentlichkeit passiert. Das war am Anfang des Prozesses durchaus anders gedacht und ich hätte es begrüßt, wenn bei diesem wichtigen Thema, dem Zukunftsthema schlechthin, die Lüdinghauser und Seppenrader auf breiter Front und von Beginn an mit einbezogen worden wären.

Im Etatentwurf ist das Thema leider noch immer nicht angekommen. Wir alle wissen, dass Klimaschutz Investitionen erfordert, damit wir als Stadtgemeinschaft eine Chance haben, die menschengemachten Klimaveränderungen zu begrenzen und mit den Veränderungen, die bereits stattfinden, besser klar zu kommen. Für diese Investitionen und sonstigen Maßnahmen müssen wir Mittel bereitstellen – nicht irgendwann, sondern JETZT! Denn wir befinden uns bereits mitten drin im Klimanotstand, und zwar völlig unabhängig davon, was dieser Rat beschließt.

Daher haben wir die Einrichtung eines Klimaschutzfonds gefordert, um endlich damit anfangen zu können, Maßnahmen auf den Weg zu bringen die dazu beitragen, die CO_2-Emissionen hier vor Ort zu senken. Dieser Fonds sollte für Investitionen bestimmt sein, die originär dem Klimaschutz dienen. Er sollte zudem zur Ausstattung

von städtischen Anreizprogrammen genutzt werden können oder aber für Informations- oder Beratungskampagnen, mit der die Bevölkerung zu klimafreundlichem Handeln angeregt werden soll. Und die Existenz eines solchen Fonds sollte allen Akteuren - also auch der künftigen Klimaschutzmanagerin bzw. dem künftigen Klimaschutzmanager - signalisieren, dass wir es in Lüdinghausen ernst meinen mit den selbst gesteckten Zielen.

Die mehrheitliche Ablehnung eines solchen Fonds im Haupt- und Finanzausschuss hat uns schon einigermaßen schockiert. Denn die Zeit läuft uns davon und jede unnötige Verzögerung führt dazu, dass sich die Kosten zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele drastisch erhöhen. Inzwischen sollte jeder und jedem klar sein: Je schneller wir handeln, desto preiswerter wird das Projekt Klimaschutz. Die lokale Klimaschutzblockade ist also nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch ein Desaster!

Anrede,

Ich fasse zusammen:

1. Wir nehmen in diesem Jahr - wie schon in den Vorjahren und wie in den künftigen geplant - viel Geld in die Hand, um unsere Schulen zu sanieren oder neu zu bauen. Das **begrüßen** wir ausdrücklich!
2. Die teuren Leuchtturmprojekte – Stichwort Regionale 2016 – die in den letzten Jahren eingestielt worden sind, werfen ihren finanziellen Schatten auf diesen Haushalt und die der kommenden Jahre. Viele dieser Maßnahmen halten wir mindestens für **entbehrlich**!
3. Bei der Stadtbücherei drückt sich die Ratsmehrheit um eine klare Position. Für uns **völlig unverständlich**. Wir stehen zu dem Erfolgsmodell und befürchten, dass die Bücherei ohne die medienpädagogische Fachkraft die Erfolgsspur verlässt.
4. Beim Zukunftsthema Klimaschutz müssen wir leider einen „Totalausfall“ konstatieren. Das Produkt Klimaschutz hat keinen Eingang in das Produktbuch gefunden. Und für Klimaschutzmaßnahmen wurden gar keine Mittel bereitgestellt. Das ist eine **krasse Fehlentscheidung**.

Fazit:

Ich frage Sie:

Wenn wir wissen, was wir tun, wieso tun wir dann nicht, was wir wissen?

Eine Antwort hierauf bleiben Sie nach Auffassung der Grünen Fraktion mit dem vorgelegten Etatentwurf schuldig! Mit ihrer Absage an den Klimaschutz verweigert die Ratsmehrheit dem Etat 2020 das Prädikat „zukunftsfähig“. Daher lehnen wir Grünen den vorgelegten Etatentwurf ab.

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Damen und Herren Stadtverordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,

Beginnen möchte ich die letzte Haushaltsrede unserer UWG-Fraktion mit einem Zitat aus dem diesjährigen Entwurf des Haushaltes. Dort ist auf Seite 12 zu lesen: „…die Haushaltsführung (ist) so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde gesichert ist. Damit findet das Nachhaltigkeitsprinzip seinen Ausdruck für den Bereich der Planung und Bewirtschaftung des kommunalen Haushalts.“ Zitatende. Bei der folgenden Einschätzung werden vermutlich die meisten Stadtverordneten und die Verwaltung zustimmen:

Noch nie in der Geschichte der Stadt Lüdinghausen ging es den Bürgerinnen und Bürgern und der Stadt selber so gut wie heute. Die Lüdinghausen ist eine prosperierende Stadtgesellschaft mit einem vielfältigen kulturellen Angebot. Die Schullandschaft wird mit Millionenaufwand für die nächsten beiden Generationen fit gemacht. Wir krempeln unsere Schulen im Primarbereich und in beiden Sekundarbereichen um. Die Eltern der Schülerinnen und Schüler können aus einem breit gefächerten Angebot von Schulformen wählen. Mit jedem neuen Baugebiet wird gleich eine neue Kita mitgeplant. Somit sichern wir auch die wohnortnahe Versorgung unserer Neubürger. Wir haben die Zeichen der Zeit erkannt, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, unsere Schulen und Kitas für die Zukunft besser aufzustellen, da auch die begünstigenden, äußeren Umstände nie wieder so optimal sein werden. Mit der Regionale 2016, der WasserBurgenWelt, der StadtLandschaft und dem ISEK haben wir auch diese Chancen für eine positive Gestaltung unserer Stadt genutzt.

Wir investieren weiterhin in beide großen Sportvereine und können so Jung und Alt ein großartiges Sportangebot in zahlreichen Sportarten ermöglichen.

Selbst das lange in Siechtum verfallende Nachtleben erfährt seit geraumer Zeit eine Renaissance. Zahlreiche neue Lokale und Restaurants animieren zum Ausgehen und auch das neue Kino wird das jüngere Publikum zum Verweilen in der Stadt motivieren.

Das Antlitz unserer Stadt hat sich in den letzten Jahren außerordentlich positiv entwickelt. Das hören wir auch in den begeisterten Äußerungen von Besuchern unserer Stadt. Viele andere Kommunen verfügen nicht über die Möglichkeiten, die wir zielstrebig nutzen.

Dabei ist auch die Haushaltsführung nicht unter die Räder gekommen, zumindest bislang nicht. Der Schuldenstand wird sich zum Ende des Jahres knapp unterhalb der 6 Millionen € Marke bewegen. Für 2021 und die folgenden Jahre wird sich der Schuldenstand auf ca. 12 Mio. € verdoppeln. Hier liegt das größte Risiko für den Haushalt insgesamt, dass bei einer plötzlichen wirtschaftlichen Verschlechterung die Einnahmen aus Steuern, Gewerbesteuern und Abgaben dauerhaft einbrechen könnten.

Dieses Risiko teilen aber auch alle anderen Kommunen und besonders jene, denen es jetzt schon bedeutend schlechter gehen und deren finanzieller Gestaltungsspielraum eingeschränkt ist.

Man muss kein Prophet sein, wenn nach konservativer Betrachtung die in diesem Jahr zu erwartende schwarze Null nicht wieder mit einem positiven Haushaltsergebnis abgeschlossen werden kann. Der Kämmerer Herr Heitkamp setzt hier eine bekannte Tradition von Herrn Tuschmann fort.

Das sind nur einige Aspekte und diese Liste ließe sich mit weiteren positiven Entwicklungen und Umständen fortführen.

Wir in Rat und Verwaltung können auf das Erreichte mit Stolz schauen.

Aber sind wir dem eingangs erwähnten Nachhaltigkeitsprinzip gerecht geworden? Wenn man als Maßstab die Sicherung der Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben nach der Gemeindeordnung zu Grunde legt, kann man diese Frage bejahen.

Doch ist dieser Maßstab überhaupt zeitgemäß?

Und was verstehen die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt unter dem Nachhaltigkeitsprinzip.

Hier hat sich in den letzten Jahren durchaus ein Wandel eingestellt.

Die Bürger erwarten von ihrer Kommune nicht nur die Sicherung der Daseinsvorsorge. Nachhaltigkeit umfasst auch den Ressourcen schonenden Umgang mit Natur- und Bodenschätzen. Die Bewahrung der Schöpfung für nachfolgende Generationen und insgesamt ein anderer Blick auf das Leben, dass nicht mehr Gewinn und Macht optimiert ausgerichtet sein soll.

Da geht es nicht nur um Work-Life-Balance oder besser gesagt um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Anspruch eine familienfreundliche Stadt erschöpft sich eben nicht nur in einem ausreichenden Kita Angebot. Dazu zählt eben auch eine gesicherte Randzeitenbetreuung.

Es gibt durchaus Bürger in unserer Stadt, die die Bezeichnung Citta Slow nicht nur als Feigenblatt verstanden wissen wollen, sondern damit konkrete Ansprüche und Forderungen an die Stadt verbinden. Die Stadt schmückt sich gerne mit dem Attribut, aber wirklich mit Leben wurde dieser Titel nicht gefüllt.

Die Einrichtung eines Parkplatzes auf der Westseite des Bahnhofs ist bestimmt kein Beitrag für eine nachhaltige Verkehrswende. Auch wenn der stellvertretende Bürgermeister allen Ernstes die Tempo 30 Zone vor dem Schulzentrum als ausreichenden Schutz für Radfahrer darstellt.

Dieser Meinung liegt wahrscheinlich die Ansicht zu Grunde, dass Schüler selbstverständlich von ihren Eltern mit dem Auto zur Schule gefahren werden. Die Einrichtung einer Fahrradstraße auf der Stadionallee oder dem Feldbrand

könnte ein Einstieg in ein innerstädtisches Netz dieser Art sein und damit der Beginn einer wirklichen Verkehrswende sein.

Man kann durchaus darüber streiten, ob die Förderung von Lastenrädern ein Beitrag zur ökologischen Wende oder zu einem nachhaltigen Leben allgemein ist.

Die Verweigerungshaltung der Mehrheitsfraktion zu diesem Randthema ist bezeichnend.

Der Diskussion über das LED-Contracting, der Fotovoltaik auf dem Rathausdach, der Förderung von Lastenrädern liegt eine Überzeugung der Mehrheitsfraktion zu Grunde: Prüfen und verzögern, es sei denn man hat selber einen Vorschlag eingebracht.

Nachhaltig ist diese Geisteshaltung jedoch nicht. Dann nimmt man sogar in Kauf, dass der Bürgermeister mit seinem Förderkonzept von der eigenen Fraktion kalt abgeduscht wird.

Der Abstand Lüdinghausens zu anderen Kommunen bei den Themen Klimaschutz und Verkehrswende wird immer größer, obwohl wir dazu durchaus den finanziellen Spielraum hätten. Andere Kommunen sind Vorreiter, wir in Lüdinghausen haben noch nicht mal unsere Hausaufgaben gemacht und die Fahrradstreifenn auf der Steverstraße und Hinterm Hagen sind keine Boten einer Verkehrswende. Mit einem Dreiklang aus Verkehrskonzept, Parkraumkonzept und innerstädtischem Radwegenetz ließe sich die Verkehrswende beginnen.

Wir haben jahrelang über die Stelle für den Klimamanager diskutiert. Immer wieder wurde geprüft, gerechnet und verzögert. Die Stelle wurde nur eingerichtet, weil man es nicht mehr länger verhindern konnte. Eine wirkliche Einsicht in die Notwendigkeit gab es nicht, die Mehrheitsfraktion hat sich letztendlich nur dem Zeitgeist gebeugt. Unser Klimamanager wird ein Manager ohne Budget sein, daher werden die Bewerber sich genau anschauen, was sie in unserer Stadt bewegen können.

Beim Klimaschutz gehen andere Kommunen als Vorbild voran und motivieren

ihre Bürger aktiv in den Klimaschutz zu investieren. Man kann mit den richtigen Mittel beim Klimaschutz sogar finanziell profitieren. Die Stadt müsste als Vorbild vorangehen und die Klimabilanz pushen. Dazu besteht aber bislang keine Bereitschaft. Man wird die Bürger in Klima Cafés über einzelne Maßnahmen diskutieren lassen und hoffen, dass der Bürger sich verantwortlich verhält. Aber nicht alle Eigenheimbesitzer, sondern nur der vermögendere Teil, kann sich Solarthermie, Fotovoltaik oder E-Autos leisten. Dabei besteht durchaus eine Chance, dass wir mit einem großen Wurf die Klimabilanz für **alle** Bürger der Stadt positiv wenden könnten.

Wir haben mit der Netzgesellschaft alle Möglichkeiten in der Hand das richtige zu tun. Die Rekommunalisierung der Stromnetze vor einigen Jahren hatte zwei Ziele im Blick:

1. Die Übernahme der Stromnetzte in städtische Hand sollte dem langfristigen Vermögensaufbau der beteiligten Kommunen dienen.

2. Die Autonomie über das städtische Stromnetz sollte genutzt werden, um selber Strom verkaufen zu können. Die Erzeugung regenerativer Energie war ein wichtiges Argument.

Aus der Umklammerung der mächtigen Stromversorger konnte man sich nicht befreien. Im Gegenteil hat man erkannt, dass man ein Stromnetz ohne das Knowhow der Stromriesen nicht betreiben kann.

Kaum jemand im Rat kann die Sitzungsvorlagen, Wirtschaftspläne und Bilanzen verstehen, die nur von Fachanwälten und Steuerberaterkanzleien verfasst sein können.

Unserer Auffassung nach hat sich die eigentliche Zielrichtung der Netzgesellschaft seit ihrer Gründung völlig von der Realität entkoppelt und führt ein Eigenleben ohne nachvollziehbaren Sinn. Die Netzgesellschaft hat sich zu einer Geistergesellschaft entwickelt.

Aber eigentlich liegt in der Netzgesellschaft eine Lösung, um für alle Bürger die

Klimabilanz nachhaltig zu verbessern.

Es ist keine Vision, wenn die Netzgesellschaft so viel Flachdachflächen auf Turnhallen, Einkaufsmärkten und Gewerbehallen pachtet, um dort in großem Stil Fotovoltaikanlagen in Betrieb zu nehmen. An dieser Netzgesellschaft sollten sich auch die Bürger finanziell beteiligen können, was die Akzeptanz in der Bürgerschaft deutlich stärken würde.

Die Bürger im Aldenhövel haben es mit den Windrädern vorgemacht, denn da wo die Bürger von Anfang an einbezogen werden und sie die Möglichkeit zur Beteiligung haben, ist die Akzeptanz für neue Ideen am größten. Es steht zu hoffen, dass der nächste Rat die Möglichkeiten, die die Netzgesellschaft bietet, ernsthaft prüft und realisiert.

Glaubt man den Jüngern der Klimaapokalypse, dann helfen uns Kleinigkeiten wie Klima Cafés nicht weiter und diese werden den Anspruch an Nachhaltigkeit nicht erfüllen.

Meine Damen und Herren,

richten wir nochmal den Blick auf den Haushaltsentwurf:

Die Leistungssporthalle kostet nach derzeitigem Stand ca. 11,6 Mio. €. Nicht mit gerechnet sind Anwalts- und Notarkosten, die Kosten des Umlege Verfahrens, die Kosten für den Anschluss an das städtische Kanalsystem, das über das Abwasserwerk von allen Gebührenzahlern bezahlt wurde, die Kosten für die Herrichtung der nicht förderbaren Parkplätze und Grünanlagen und natürlich die Kosten für den Anschluss an das städtische Straßen- und Wegenetz. Die Gesamtkosten dürften bei konservativer Schätzung bei 14 bis 15 Mio. € liegen. Viele dieser Kostenfaktoren wurden schon in vergangenen Haushalten versteckt und tauchen auch nicht mehr auf. Die UWG bleibt bei ihrer Ablehnung der Leistungssporthalle.

Wir bedauern es sehr, dass unser Hallenbad nicht die Unterstützung erfährt wie unsere beiden Sportvereine oder die Leistungssporthalle. Immerhin haben es Rat

und Verwaltung geschafft die anstehenden Probleme des Hallenbades in der ablaufenden Wahlperiode konsequent auszusitzen. Es wäre für unser Hallenbad zu wünschen, wenn der neue Bürgermeister und der neue Rat hier mehr Engagement aufbringen würden.

Das Abwasserwerk wird in den nächsten Jahren noch stärker zur Finanzierung des städtischen Haushaltes gemolken werden. Unserer Auffassung nach werden die Bürger zweimal zur Finanzierung des städtischen Haushaltes herangezogen, nämlich einmal als Steuerzahler und ein zweites Mal als Gebührenzahler des Abwasserwerkes. Auch hier bleibt die UWG bei ihrer ablehnenden Haltung. Gewinne aus dem Abwasserwerk müssen an die Gebührenzahler zurückgegeben werden.

Der diesjährige Haushaltsentwurf lebt in der Fortsetzung der Vergangenheit fort. Viele Projekte müssen zu Ende gebracht werden. Viele dieser Projekte prägen diesen Entwurf und werden auch in der mittelfristigen Finanzplanung fortgeführt.

Das nächste Projekt mit einer großen finanziellen Herausforderung steht schon vor unserer Tür: Die Burg Wolfsberg soll aus ihrem Dornröschen Schlaf erweckt werden. Hier werden wir mehrere Millionen Euro investieren müssen und es würde dem Anspruch an Klarheit und Wahrheit an unseren Haushalt entsprechen, wenn wir schon jetzt einen sechsstelligen Betrag in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt hätten.

So bleibt auch dieser Haushaltsentwurf was die vorangegangenen waren:

Er wird dem Anspruch der Nachhaltigkeit im Sinne der Gemeindeordnung gerecht, aber er verfehlt den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an das Nachhaltigkeitsprinzip.

Lüdinghausen ist auf einem guten Weg, aber Lüdinghausen kann mehr erreichen.

Wir vermissen eine wirkungsorientierte Haushaltsplanung und Steuerungs-mechanismen in unseren Bebauungsplänen ebenso wie einen Sozialen Wohnungsbau. Eigene Stadtwerke wären wichtiger als ein eigenes Bau- oder

Jugendamt.

Wir wünschen dem neuen Bürgermeister und dem neuen Rat mehr Mut.

Die UWG Fraktion lehnt diesen Haushaltsentwurf ab.

Für die UWG Fraktion

Markus Kehl

Lüdinghausen, den 18. Februar 2020

Balkenwaage
Auf der einen Seite legen wir die Dinge in die **Waagschale**, die wir gut finden und die wir in der Vergangenheit unterstützt haben und auch in Zukunft unterstützen wollen.

Dazu zählen:
Im Bereich der Bildung und des Sportes:
Der Neubau der Ludgerischule
Die Erweiterung, Erneuerung, Umgestaltung der Sekundarschule
Der Turnhallenbau durch die Stadt und durch das Gymnasium Canisianum
Der Bau eines Kunstrasenplatzes im Westfalenstadion
Die Einführung der Randzeitenbetreuung im Kindergarten Tüllinghof
EXPLIZIT AUCH BÜCHEREI – der Sperrvermerk dient nur der Klärung der dauerhaften Finanzierung!

Im Bereich der Kinder und Jugendarbeit:
Der Neubau und die Instandsetzung von Bolz- und Spielplätzen
ACHTUNG: Eignung der Spielgeräte für Kleinkinder und für behinderte Kinder
Der Bau des ersten Teils des Bike Parks -> **Standort**

Im Bereich der Infrastruktur:
Ausweitung von Wohngebieten,
Erweiterung des Gewerbegebietes
Bau des Wertstoffhofes
Weitere Gestaltung des Regionalegeländes mit großem Spielplatz im Parc de Taverny

Im Bereich der Verwaltung:
Die Investitionen für Digitalisierung
Der Erweiterungsneubau des Rathauses

Investitionen in attraktive Arbeitsplätze der Verwaltungsmitarbeiter (Telefonanlage, Büromöbel usw.)

Auf der anderen Seite der Waagschale liegen z.B. Folgende Ausgaben:

- zusätzliche Stellen in der Verwaltung, die sich „nur“ mit Verwaltung beschäftigen, wovon die Bürgerinnen und Bürger aber keinen direkten Mehrwert haben, z.B. die Halbtagstelle für die KiGa-Gebühren -> andere Gemeinden als Beispiel nehmen
- die Vergabe des Quartiersmanagements an Lüdinghausen Marketing (sollte beim Wirtschaftsförderer bleiben)
- das Vorziehen der Baumaßnahmen Rialtobrücke
- Radwegebau in Emkum/Borkenberge (ohne Förderung)
- Sanierung der Straße „Alter Berg“
- Das Förderprogramm für Lastenräder
- die Bankettfräse für den Bauhof
- die nicht hinterfragte Förderung der Pfadfinder – hier gilt das Gleiche wie bei der Bücherei!

Schlussendlich wiegen aber die Ausgaben, die wir unterstützen, mehr als die, die wir ablehnen, weshalb wir dem Haushalt insgesamt zustimmen können.

Lüdinghausen funktioniert aber **nicht ohne private Investitionen**!
Beispiele:
Kino
REWE
Würth
Tankstelle
Burger King
Hotelbau in Seppenrade
Neubebauung der Kreuzung in Seppenrade Schlütermann
Verschiedene Neubauprojekte, die uns im Planungsausschuss vorgestellt wurden

Hier müssen die Rahmenbedingungen stimmen!

Einschub Klimaschutzprojekte:
Neubau Ludgerischule 6,5 Mio EURO
Rathaus, neue IT: 100.000 EUR
Sporthalle Sekundarschule, Abriss der alten Halle 5,0 Mio EUR
Zuschuss ans Cani zum Neubau einer Sporthalle, folgender Abriss der alten Halle: 225.000 EUR
LED Beleuchtung Villa Westeholt: 15.000 EUR
Neue Heizung Kindergarten Emkum: 16.000 EUR

Blick in die Zukunft
Achtung Schieflage
Will heißen:
- Der **Aufwanddeckungsgrad** des Haushalts ist unter 100 % gesunken, d.h., die Erträge decken die Aufwände nicht mehr
- die Personalintensität steigt immer weiter an, in 2 Jahren um 3,5 Millionen Euro
Verwaltung sagt: „relativ stabil bei 20%“ -> Zahlen belegen etwas Anderes!
- der Haushalt 2020 ist, auch durch einige politische Entscheidungen der letzten Wochen, nicht mehr gedeckt. Zum ersten Mal seit dem strikten Sparkurs, den CDU und FDP der Stadtverwaltung auferlegt hatten, schließt der Haushalt mit einem Minus ab.
- rechtlicher ANSPRUCH AUF OGS-PLATZ an Grundschulen kommt 2025 -> muss finanziert werden

Das müssen wir im Auge behalten und da wird uns in Zukunft die eine oder andere unpopuläre Entscheidung bevorstehen!

Dank an Verwaltung, Kämmerer, Mitarbeiter, Bürgermeister

Wir stimmen dem Haushalt zu.